

Die politische Kultur Griechenlands

Manuskript der Vorlesung von Prof. Dr. Heinz A. Richter

gehalten im Frühjahr 2012 an den Universitäten Münster und Heidelberg

Am 25. November 2011 war im Berliner Tagespiegel folgender Satz zu lesen: "Griechenland ist zu orientalisch, um ein europäisches Land zu sein, und zu westlich, um zum Orient zu gehören." Dieser Satz stammte vom griechisch stämmigen Romanautor und Publizisten Dimosthenis Kourtovik. Vom Kommandeur der britischen Militärmission bei den griechischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg, Brigadier Myers, gibt es eine ähnliche Äußerung aus dem Jahr 1943, in der er seiner Verzweiflung über die griechische Politik drastisch Ausdruck verlieh: "The Greeks are Asiatic. One cannot judge them by European standards." Ähnliche Äußerungen liegen auch von Amerikanern vor, die 1948 bis 1952 im Rahmen des Marshall-Plans in Griechenland eingesetzt waren.

Nun sind die Griechen zweifellos weder Orientalen noch Asiaten, aber beide Äußerungen dürfen als Hinweis gewertet werden, dass es zwischen den politischen Kulturen Griechenlands und Westeuropas größere Unterschiede geben muss, die sowohl der Brite vor fast 70 Jahren, die Amerikaner fast ein Jahrzehnt später und der Auslandsgriechen vor zwei empfanden, aber nicht richtig verbalisieren konnten. Diese Äußerungen sind hilflose Versuche, der Andersartigkeit der politischen Kultur näher zu kommen, indem man bekannte Erklärungsmuster auf Griechenland projiziert. Die Neigung eigene oder andere bekannte Vorstellungen auf Griechenland zu projizieren, wurde auch bei den Reaktionen der EU-Führer sehr deutlich, als im Frühjahr 2010 die griechische Finanzkrise ausbrach. Die in Brüssel, Paris oder Berlin vorgebrachten Empfehlungen und Vorschläge zeigten ganz klar, dass niemand die geringste Ahnung hatte, wie das griechische politische System funktionierte. Aber nicht nur die Politiker Westeuropas zeigten ihre Ignoranz, sondern auch die Medien. Realistische, informierte Einschätzungen der Lage in Griechenland gab es fast keine. Doch wo liegen nun die tatsächlichen Unterschiede zwischen der griechischen und der europäischen politischen Kultur?

Was ist ein Europäer?

Um zu einem sicheren Bezugspunkt zu kommen, von dem man die griechische politische Kultur analysieren und beurteilen kann, muss als erstes die Frage geklärt werden, was eigentlich einen Europäer ausmacht. Die Basis des Europäertums - so der berühmte spanische Kulturphilosoph Ortega y Gasset 1930 - ist diese einzigartige Mischung aus griechisch-römischer Philosophie, jüdisch-christlicher Religion und dem arabisch-islamischen Einfluss, der in jüngster Zeit zögerlich wiederentdeckt wird. Diese Elemente formten die ethischen, religiösen, rechtlichen und kulturellen Vorstellungen Europas. In der Renaissance verstärkten diese Elemente ihren Einfluss und führten u. a. zur Reformation. Die Konfessionalisierung der Politik löste eine Gegenbewegung aus, die sich auf die Individualisierung des menschlichen Lebens konzentrierte. Der Calvinismus brachte neue ethische Werte in die Gesellschaft, die

die Voraussetzungen für die Entstehung einer neuen Elite, des Bürgertums, schufen. Die mittelalterliche Feudalordnung mit ihren dezentralisierten Machtstrukturen konnte sich an die Forderung nach größeren wirtschaftlichen Einheiten nicht anpassen. Daher kam es zu einer Revolution von oben, die den monarchischen Absolutismus hervorbrachte. Die Politik wurde rationaler und die staatliche Verwaltung effizienter. Die Aufklärung und die Französische Revolution proklamierten die universellen Menschenrechte. Rousseaus Konzept eines Nationalstaates, der auf der Idee der Volkssouveränität, der Freiheit des Individuums und dem Recht jedes Individuums ruhte, an der Machtausübung teilzuhaben, wurden zu integralen Bestandteilen europäischen politischen Denkens. Etwa zur gleichen Zeit tauchten politische Ideen wie Liberalismus, Demokratie, Sozialismus, Konservatismus und Nationalismus auf, die die Politik ideologisierten. Der Links-Rechts-Gegensatz wurde zu einem in Europa akzeptierten Politikmuster und der politische Pluralismus wurde zum zentralen Charakteristikum der europäischen politischen Kultur. Die Idee des Multikulturalismus wird ein weiteres Merkmal Europas sein, trotz der Tatsache, dass die deutsche Kanzlerin ihn vor einiger Zeit für tot erklärt hat. Von außen betrachtet, erscheint die politische Kultur Europas (trotz unterschiedlich nationaler Interessen) sehr homogen. Nur wir, die wir von innen urteilen, erkennen fein nuancierend die Unterschiede, die von außen kaum sichtbar sind.

Der Prozess, der zu diesem Resultat führte, nahm am Ende des 15. Jahrhunderts Fahrt auf, um in 300 Jahre die Hauptkomponenten zu entwickeln. Aber dieser Prozess lief nur in West- und Zentraleuropa ab. Emigranten nahmen die Ideen mit nach Nordamerika und entwickelten sie dort weiter. Aber in Osteuropa außerhalb des Habsburgischen Reiches schlugen diese Ideen nicht sehr tief Wurzeln, wie noch gelegentlich sichtbar ist, zuletzt in Weißrussland oder in der Ukraine. Südosteuropa außerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie blieb von dieser Entwicklung ausgeschlossen.

Unterschiedliche Entwicklung in Griechenland

Wie schon erwähnt wurde, stammen grundlegende Elemente dessen, was das politische Denken eines heutigen Europäers ausmacht, aus dem antiken Griechenland. Aber es ist eine interessante Beobachtung, dass im Altgriechischen kein Begriff entwickelt wurde, der genau dem der römischen *res publica* entspricht. Über die Gründe soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden, sondern nur festgestellt werden, dass es im antiken wie im modernen Griechisch eine Bezeichnung für den Begriff Republik nicht gibt. Im modernen Griechischen bedeutet *dimokratia* sowohl Demokratie als auch Republik. Will man den Unterschied zur Monarchie hervorheben spricht man von der ungekrönten Demokratie. Die griechische Sprache ist damit in ganz Europa die wohl einzige, in der es das Wort Republik als Lehnwort nicht gibt.

Mit der Reduzierung des römischen Reiches auf seinen östlichen Teil begannen sich die beiden Teile Europas auseinanderzuentwickeln. Aber genau zu der Zeit, als im Westen die Neuzeit und der Wiederaufstieg Europas begann, eroberten die Osmanen das byzantinische Reich. 1453 fiel Konstantinopel. Die osmanische Herrschaft dauerte in großen Teilen Griechenlands und des Balkans bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Wenn man so will, verschwand dieser Teil Europas Ende des 15. Jahrhunderts hinter einer Art eisernem

Vorhang. Als osmanische Provinzen nahmen diese Teile Europas an folgenden Entwicklungen nicht teil: Renaissance, Reformation, Gegenreformation, Absolutismus, Rationalismus, Aufklärung und bürgerliche Revolution. Für beinahe 400 Jahre stand die Zeit dort fast still.

Die 300 bis 400 Jahre währende osmanische Okkupation führte zu tiefgehenden Veränderungen in den Ländern des Balkans. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Herrscher war die Vernichtung der bisherigen Oligarchie, also der Aristokratie, da diese die Führung in potentiellen Aufständen hätte übernehmen können. Übrig blieben die ursprünglich gewählten lokalen Dorfbürgermeister, die sog. *Mughtare* (griechisch *Kotsampasis*), die die osmanische Regierung vor Ort vertraten. Dadurch erhielten diese *Mughtare* eine doppelte Funktion: Sie wurden zu Führern und Beschützern der örtlichen Bevölkerung, zugleich aber zu Objekten osmanischer Repression, wenn in ihrem Verantwortungsbereich etwas schief ging. Aus ihrer Funktion als Beschützer gewannen sie in den Augen der Beschützten Prestige und Macht. Als Gegenleistung erwarteten sie Loyalität von ihren Hintersassen. Die Osmanen belohnten treue Dienste und so wurden diese lokalen Notabeln im Lauf der Zeit wohlhabend und - oft zu Geldverleihern. Dieses äußerst profitable Geschäft - 30 Prozent Zinsen waren üblich - war zwar weniger honett, als sich selbstlos vor die Schutzbefohlenen zu stellen, und es führte zu einem immer größer werdenden Abhängigkeitsverhältnis der örtlichen Bauern zu ihrem Patron. Diese Abhängigkeitsbeziehung existierte im ganzen osmanischen Reich und wird als *Mughtarsystem* bezeichnet. Es ist der konkrete historische Ursprung des heutigen Klientelsystems.

Die in Teilen Griechenlands über 400 Jahre währende osmanische Herrschaft führte dazu, dass die Griechen den Staat nur als Ausbeuter erlebten. Während in Westeuropa ein selbstbewusstes Bürgertum entstand, das den Staat als das eigene Staatswesen, als die eigene bürgerliche Republik empfand, war der Staat für die Griechen gleichbedeutend mit Fremdherrschaft, gegen die es sich zu wehren galt und die man hasste. Steuervermeidung und Diebstahl an staatlichem Eigentum waren typische Abwehrreaktionen. Diese Einstellung zum Staat wurde zu einer Tradition, die bis heute fortwirkt.

Die Anfänge des Klientelismus im 19. Jahrhundert

Als 1821 der griechische Unabhängigkeitskrieg begann, waren die klientelistischen Strukturen des Millet- und Mughtar-Systems die einzigen Kristallisationskerne für die politische Organisation des Kampfes. Während der Auseinandersetzung vernetzten sich diese *Mughtare* horizontal und bildeten vertikale Strukturen, so dass pyramidenförmige Klientelnetzwerke entstanden. Da die Dorfbürgermeister in der Regel keine militärischen Erfahrungen hatten, griff man auf die Anführer der *Klephten*, ehrenwerte Räuber, in den Bergen, zurück, die sich dort traditionell der osmanischen Kontrolle entzogen. Als die Unabhängigkeit kam, gab es also eine Führungselite, die klientelistisch organisiert war und die Klephtentradition aufrecht erhielt, indem sie dieses Metier unter anderen Vorzeichen weiterbetrieb.

Doch nun etabliert sich dieses System als Regierungssystem, denn als König Otto von Wittelsbach mit einer Handvoll von bayerischen Verwaltungsbeamten nach Griechenland kam, zeigte es sich, dass er mit diesen nicht das Land regieren konnte. Er musste auf die klientelistischen Netzwerke zurückgreifen und sie zur unteren Verwaltung zu machen. Auf diese Weise gewannen die Patrone Zugang zu staatlichen Geldern. Damit aber änderte sich der Charakter des bis dahin praktizierten Klientelismus.

Bis dahin war die traditionelle Beziehung zwischen Patron und Klient von einer gewissen Freiwilligkeit der Unterordnung geprägt gewesen, es sei denn der Klient war Opfer eines Wucherer-Patrons geworden. Beide hatten davon profitiert. Nun wurde der Klientelismus zu einem Zwangsmittel, um dem Individuum seinen Platz in dieser Gesellschaft zuzuweisen. Die Patrone begannen, sich in die Politik einzumischen und entdeckten rasch, dass der Klientelismus auch zu politischen Zwecken ausgenutzt werden konnte. Die Patrone nutzen ihre Positionen und ihre Macht, um ihrer Klientel Gefälligkeiten zu erweisen, griechisch *Rousfetia*. Dazu verwendeten sie oft gestohlene staatliche Gelder oder vermittelten Posten in der Verwaltung. Als Gegenleistung erwarteten sie, dass die Klientel bei den nächsten Wahlen für sie stimmte.

Der erste neugriechische Staat war eine Republik, aber diese passte nicht in die nachnapoleonische politische Landschaft der Restauration, und daher wurde Griechenland ein Monarch oktroyiert. Der Monarch war ein König von Großmächten Gnaden, und Griechenland wurde zum Klientelstaat der europäischen Mächte. Die Großmächte übten ihren Einfluss auf das Land aus, indem sie ihre Anhänger kontrollierten. Diese waren in sog. "Parteien" organisiert, die aber in Wirklichkeit klientelistische Netzwerke waren. Es gab zunächst drei solche "Parteien", die russische, die englische und die französische. 1862 setzte Großbritannien eine neue Dynastie ein, und von da an waren die griechischen Monarchen britische Vizekönige und Griechenland war ein britisches Protektorat. Von nun an folgten die griechischen Könige und Politiker der Maxime "*ti thelei o xenos paragontas*" (was will der ausländische Faktor?). Wenn ein König, wie Konstantin I. im Ersten Weltkrieg, versuchte, sich aus der klientelistischen Abhängigkeit von Großbritannien zu lösen, intervenierte diese Schutzmacht und der König verlor seinen Thron.

Als Großbritannien 1862 die alleinige Schutzmacht wurde, änderte sich der Charakter der griechischen "Parteien". Es entstanden 'politische' Parteien, nämlich eine liberale und eine konservative Partei. Tatsächlich änderte sich aber am klientelistischen Charakter nichts. Nach außen hin gaben sie sich liberal bzw. konservativ, in Wirklichkeit wurden beide Netzwerke durch ein inzwischen hochgradig raffiniertes System von Favoritismus, Nepotismus und *Rousfetia*, eben durch Klientelismus zusammengehalten. Der Staat wurde zum Ausbeutungsobjekt der jeweiligen Anführer der klientelistischen Pyramide. Postenschacher, Patronage, Korruption und das aus der US-Geschichte bekannte Spoils-System durchdrangen die staatliche Verwaltung, das Rechtssystem und das Militär. Stimmenkauf bei Parlamentswahlen und Wahlfälschungen waren normale politische Erscheinungen. Ende des 19. Jahrhunderts charakterisierte ein griechischer Abgeordneter dieses System als politische Zuhälterei.

Klientelistische Parteien

Die aus diesem System hervorgehenden politischen Parteien hatten auch im 20. Jahrhundert mit ihren europäischen Gegenstücken nichts gemein, außer dass sie sich Parteien nannten. Parteiprogramme, Parteiorganisationen oder Parteitage waren unbekannt, ebenso wie innerparteiliche Willensbildung von unten nach oben durch Diskussion unter den Mitgliedern. Die Partei war die Klientel des Parteiführers und seiner Granden. Bis in die 90er Jahre des letzten Jahrhunderts entschieden die Parteiführer souverän über den einzuschlagenden Kurs. Danach verschob sich das Hauptgewicht zu den Parteigranden, wie sich bei der PASOK im Falle von Simitis und Georgios Papandreou zeigte. Konflikte innerhalb einer Partei wurden nicht durch Diskussion und Kompromisse gelöst, sondern die Dissidenten verließen zusammen mit ihrem klientelistischen Sub-Netzwerk die Partei und schlossen sich einer anderen klientelistischen Pyramide an. Parteiloyalität wurde zu einer Funktion des Erfolgs des Parteiführers, d.h. sie hing davon ab, welche *Rousfetia* der Parteiführer seiner Klientel zukommen lassen konnte. Machtwechsel kamen oft dadurch zustande, dass Teilnetze ihre Loyalität zu einem andern Parteiführer verschoben. Der griechische Wähler zog daraus typische Konsequenzen: Er stimmt nicht für eine Partei, sondern gegen jene Partei, die ihm in der vergangenen Legislaturperiode nicht den erwarteten Gefallen (*Rousfeti*) getan hat.

Nur Parteien, die immer mal wieder die Regierung stellen und so Zugriff auf die staatlichen Mittel erhalten, sind in einem solchen System politisch wirksam. Parteien, die keinen Zugriff haben, sind wenig erfolgreich und bleiben daher klein. Dies gilt sogar für die kommunistische Partei (KKE), die kaum über 5 Prozent kommt. Unter diesen kleinen Parteien gibt es Programmparteien, die durchaus ihren europäischen Vorbildern ähneln, aber im klientelistischen System einfach chancenlos bleiben.

Der Klientelismus ist so stark in der politischen Kultur dieser Region verankert, dass er sogar in der Lage war, die großen Ideologien des 20. Jahrhunderts zur Anpassung zu zwingen. Auf dem Balkan wurde der Faschismus zu einem Klientelfaschismus. Der griechische faschistische Diktator Metaxas verkündete stolz, dass er keine Massenpartei brauchte, weil das ganze Volk Partei gewesen sei, d.h. Metaxas zerschlug die alten Klientelnetze und richtete die Überreste auf sich aus. Es gab nur noch eine Klientel mit ihm als Führer. Der Aufbau einer faschistischen Massenpartei wie in Deutschland oder Italien wäre systemfremd gewesen. Nur wenn man den Klientelismus in die Betrachtung der faschistischen Systeme auf dem Balkan einbezieht, erkennt man den wahren Charakter dieser Diktaturen in den 1930er Jahren. Es waren klientelfaschistische Systeme. Ähnliches galt für die kommunistischen Diktaturen auf dem Balkan nach dem Zweiten Weltkrieg. Ceauscescus kommunistisches Regime hatte so stark klientelistische Züge, dass man von einem Klientelkommunismus reden könnte.

Ein weiterer Aspekt des Klientelismus ist die faktische Steuerfreiheit der Reichen. Die politische und wirtschaftliche Oligarchie war und ist aufs Engste verfilzt und sorgt dafür, dass die gesamte Oberschicht steuerfrei bleibt, wobei sich die politische Oligarchie selbst bereichert. Die staatlichen Einnahmen stammten zum größten Teil aus indirekten Steuern und

der Lohnsteuer, die die kleinen Leute bezahlten. Zu einer Industrialisierung wie in Westeuropa kam es nicht. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte lagen in der Landwirtschaft, dem Tourismus und dem Handel sowie der Schifffahrt. Ein chronischer Mangel an Arbeitsplätzen war die Folge und führte in der Vergangenheit zu Auswanderung und Arbeitsmigration. Um ihre Klientel an sich zu binden, sorgte die jeweils regierende Partei dafür, dass ihre Anhänger Arbeit im öffentlichen Dienst fanden, der dadurch immer mehr aufgebläht wurde. Heute arbeitet jeder vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Eine dringend notwendige Entlassungsaktion in größerem Umfang würde aber die Parteien Wählerstimmen kosten und wird daher vermieden.

Der aufgeblähte Staatsapparat führte zu hohen Staatsausgaben. Dazu kamen außen- und innenpolitische Extravaganzen, die mehrfach zum staatlichen Bankrott führten, so z. B. 1895. Damals war Griechenland so pleite, dass es unter europäische Finanzaufsicht gestellt wurde. Aber die griechische Führung wusste, dass ihre Schutzmacht Großbritannien sie immer wieder vor dem totalen Absturz retten würde, denn Großbritannien brauchte damals Griechenland als Glied in der Absicherung der Life Line des Empires durchs Mittelmeer. Als 1948/9 die nächste große Pleite folgte, sprang die neue Schutzmacht, die USA, in die Bresche und rettete das Land. Im diesem Fall diente die angebliche kommunistische Gefahr als Vorwand. Diese Pleiten führten nun nicht dazu, dass die griechische Oligarchie vorsichtiger wirtschaftete, ganz im Gegenteil, sie verließ sich darauf, dass die jeweilige Schutzmacht sie nicht fallen lassen würde, und konnte so den alten Kurs weiter steuern. Der EU-Beitritt bildete eine weitere Absicherung in diesem Sinne.

Chancen für eine Überwindung des Klientelismus

Der griechische Klientelismus überstand sogar nationale Katastrophen, wie die nach dem verlorenen Krieg gegen die Türkei 1919-1922, als 1.5 Mio. griechische Flüchtlinge nach Griechenland strömten, das damals etwa eine Bevölkerung von etwa 6 Mio. hatte. Das klientelistische Netzwerk der Liberalpartei von Venizelos war stark genug, den Schock zu absorbieren und die Neubürger zu Klienten von Eleftherios Venizelos' Partei zu machen. Genau genommen ging der Klientelismus aus der sog. Kleinasiatischen Katastrophe gestärkt hervor.

Es gab im 20. Jahrhundert nur eine einzige Chance, den Klientelismus zu überwinden, nämlich am Ende des Zweiten Weltkriegs. Wie schon erwähnt wurde, zerschlug Metaxas die alten klientelistischen Netzwerke. Da während der Okkupation das Lebenselixir des Klientelismus, der Zugriff auf die staatlichen Gelder, nicht länger möglich war, wurden die alten politischen Strukturen bedeutungslos. Die Bevölkerung wandte sich von den alten Parteien ab und den aus der linken Résistance hervorgehenden Kräften zu, die in den von den Partisanen kontrollierten Regionen den griechischen Staat von den Graswurzeln her neu aufbauten. Diese Kräfte umfassten alle progressiven Element der Gesellschaft von den Liberalen bis zu den Kommunisten. Am Horizont zeichnete sich eine Nachkriegsrepublik mit politischen Strukturen ab, die denen der europäischen stark ähnelten. Es darf angenommen werden, dass der traditionelle Klientelismus damit verschwunden wäre.

Doch es kam anders. Dieser neue Staat hätte auch sein klientelistisches Abhängigkeitsverhältnis zu Großbritannien beendet. Griechenland wäre zu einem gleichberechtigten Partner geworden. Für Churchill war dies unvorstellbar. Für ihn war der einzige Garant eines probritischen Kurses Griechenlands auch nach dem Krieg der König. Also musste die Monarchie restauriert werden. Da die überwältigende Mehrheit der Griechen dies nicht wollte und die Résistance strikt dagegen war, beschloss Churchill, den König unter Gewaltanwendung zurückzubringen. Um die zukünftige militärische Intervention moralisch zu rechtfertigen, beschwor er die kommunistische Gefahr. Im Oktober 1944 sicherte er die Intervention durch das berühmte Prozentabkommen mit Stalin ab, und im Dezember erfolgte die bewaffnete Intervention. Der nach vierwöchigen Kämpfen abgeschlossene Vertrag von Varkiza war ein fairer Kompromiss. Doch seine Bedingungen wurden von der griechischen Rechten mit stillschweigender Billigung der Briten in jeder Hinsicht verletzt. Das Resultat war eine Wiederbelebung des klientelistischen Systems und ein Bürgerkrieg, der bis 1949 dauerte.

Der danach existierende griechische Staat wurde zunächst von der konservativen Klientelpartei unter Konstantinos Karamanlis, die nun *ERE* (Nationale radikale Union) hieß, regiert. Die oppositionelle Klientelpartei unter Georgios Papandreou hieß *EK* (Zentrumsunion) und war eine Art Fortsetzung der Liberalpartei aus der Vorkriegszeit. Auch als Papandreou nach 1963 für wenige Jahre an die Macht kam, änderte sich am klientelistischen System nichts. Sogar die Militärdiktatur veränderte daran nur, dass jetzt die Militärs und ihre Klienten die Nutznießer waren und nicht länger die politische Oligarchie.

Während der Diktatur begann unter den in Europa lebenden Exilgriechen eine intensive Diskussion darüber, wie man das klientelistische System überwinden könnte. Bald bestand Konsens, dass man den Charakter der Parteien verändern musste, indem man Parteien europäischen Typs (*evropaikou typou*) ins Leben rief, also Parteien mit Programmen, Kongressen, internem demokratischen Willensbildungsprozess und Wahl der Führung. Dazu sollte nach dem Verschwinden der Militärjunta eine neue sozialdemokratisch ausgerichtete Partei gegründet werden. Man schmiedete Pläne und begann, sich zu organisieren, aber bevor Konkretes entstand, wurde man von einer neuen Entwicklung überrascht.

Im Sommer 1974 stürzte die Junta über die von ihr selbst provozierte Invasion Zyperns durch die Türkei ganz plötzlich. Karamanlis kehrte nach Griechenland zurück und hauchte seiner ehemaligen *ERE*-Partei unter dem Namen *Nea Dimokratia* neues Leben ein. Aber die *Nea Dimokratia* war nichts anderes als die wiederbelebte Klientelpartei der Konservativen. Wenig später erschien Andreas Papandreou in Athen. Er hatte im Exil an der Diskussion über die Schaffung einer Partei "europäischen Typs" und der Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des griechischen politischen Systems teilgenommen. Doch nun kümmerte er sich nicht mehr um die guten Vorsätze und gründete die *PASOK*. Nach außen hin gab sich die neue Partei als links, tatsächlich war die *PASOK*, vom ersten Moment an, eine von Papandreou straff geführte Klientelpartei. Als oppositionelle Gruppen wie z. B. die ehemalige

Widerstandsgruppe *Dimokratiki Amyna* (Demokratische Verteidigung), die gegen die Junta gekämpft hatte, dagegen protestierten, ließ Papandreou sie aus der Partei werfen.

Damit war das alte klientelistische Zweiparteiensystem wieder etabliert. Die demokratischen Kräfte waren wieder fast bedeutungslos. Karamanlis regierte das Land bis 1981. Der Klientelismus funktionierte auf die bekannte Weise, wobei die Konservativen es bei der Verteilung von *Rousfetia* an ihre Klientel nicht übertrieben. Der größte Teil der Führungselite der *Nea Dimokratia* stammte aus dem gehobenen wohlhabenden Bürgertum und hatte es zumeist nicht nötig, sich selbst zu bereichern. Außerdem waren die Mittel, die zweckentfremdet werden konnten, begrenzt. Dies änderte sich jedoch, als 1981 die *PASOK* an die Macht kam.

Die *PASOK* war eine neue Partei, unter deren Führungsmitglieder viele waren, die aus weniger wohlhabenden Schichten stammten, noch nie Zugriff auf die staatlichen Kassen gehabt hatten und nun einen riesigen Nachholbedarf verspürten. Die Führung musste die Partei nun auf allen Ebenen erst einmal aufbauen und sich eine breite Anhänger- und Wählerschaft sichern, indem man *Rousfetia* in größtem Umfang verteilte, um sich so der Loyalität der Anhängerschaft zu versichern. Dies wäre auf der Basis der bisherigen Staatseinnahmen kaum möglich gewesen, aber da Griechenland seit 1981 EU-Mitglied war, flossen nun Fördergelder. Andreas Papandreou betrachtete diese als eine unerschöpfliche Quelle zur Verteilung von *Rousfetia*. EU-Gelder flossen in das klientelistische *PASOK*-Netzwerk in einem noch nie da gewesenen Ausmaß. Die Gewerkschaften wurden aufgefordert, höhere Löhne zu fordern, die mit EU-Geldern bezahlt werden würden.

Noch schlimmere Auswirkungen hatte jedoch eine an und für sich für Griechenland positive Auswirkung des EU-Beitritts: Griechenland konnte sich nun Geld zu günstigen Zinsen auf dem internationalen Geldmarkt leihen. Für die letzte selbstständige Anleihe hatte Griechenland über 8 Prozent Zinsen zahlen müssen und war daher vorsichtig gewesen. Doch jetzt waren die Zinsen erheblich günstiger und nun begann das Leben auf Pump. Über die Rückzahlung machte man sich keine Gedanken. Als 1990 die *Nea Dimokratia* nun unter Mitsotakis wieder an die Macht kam, änderte sich daran nichts, und als 1993 Papandreou mit seiner *PASOK* wieder die Wahlen gewann, erlebte die Veruntreuung von EU-Geldern einen neuen Höhepunkt. 1996 musste der wegen eines Finanzskandals größten Ausmaßes angeschlagene Papandreou aus Krankheitsgründen zurücktreten, und Kostas Simitis, ein in Deutschland ausgebildeter Jurist, wurde sein Nachfolger. Unter ihm schaffte es Griechenland mit geschönten Zahlen in den Kreis jener EU-Staaten aufgenommen zu werden, die den Euro als Zahlungsmittel einführten.

Was für die westeuropäischen Staaten ein wirtschaftlicher Gewinn war, entpuppte sich für Griechenland letztlich als ein Fluch. Denn nun kam Griechenland noch einfacher an zinsgünstige Anleihen. Simitis erkannte die Gefahr und versuchte gegenzusteuern. Er hatte so lange in Deutschland gelebt, dass er in der Lage war, die Situation in Griechenland von außen zu betrachten. Er erkannte, dass die Auswüchse des klientelistischen Systems das Land in

größere Schwierigkeiten bringen würden. Daher bemühte er sich bis 2004, den Klientelismus einzudämmen und seine Auswüchse zurückzustutzen. Doch das System erwies sich stärker als er, obwohl er Premierminister und Vorsitzender der *PASOK* war. Der Klientelismus der *PASOK* hatte eine weitere Metamorphose durchgemacht. Die *PASOK* war nicht länger die monolithische klientelistische Pyramide mit dem Patron an der Spitze, dem alle bedingungslos folgten. Die *PASOK* bestand nun aus relativ unabhängigen Teilnetzwerken mit Sub-Patronen an der Spitze. Diese Granden der *PASOK* verteilten selbstständig die *Rousfetia* nach ihrem Gutdünken, denn sie hatten selbst Zugriff auf staatliche oder EU-Hilfsgelder. Als Simitis weiter zu bremsen versuchte, erlebte er eine Art Palastrevolution seiner Granden, die ihn aus der Macht drängten.

Als die *Nea Dimokratia* 2004 wieder an die Macht gewählt wurde, ging es genauso weiter. Die führenden Persönlichkeiten der *ND* waren nicht länger wohlhabende Konservative, sondern eine jüngere Generation, die von der Gier nach schnellem Geld getrieben wurde. Während ihrer Herrschaft nahm die Schuldenmacherei unvorstellbare Ausmaße an. Im Unterschied zur *PASOK* sickerte aber kaum Geld nach unten durch. Die staatliche Schuldenmacherei verleitete die griechischen Banken nun dazu, ebenfalls Schulden zu machen, und diese animierten die Bürger, auf Kredit zu konsumieren. Etwa zwei Jahrzehnte lang gab es so in Griechenland einen noch nie dagewesenen Wohlstand der breiten Bevölkerung. Aber es wurde nicht investiert. Die geliehenen Gelder flossen in den Konsum bzw. verschwanden auf der politischen Ebene auf Konten im Ausland. Es ist in Griechenland ein offenes Geheimnis, dass etwa die Hälfte der Gelder des angehäuften Schuldenberges noch existiert - nur nicht in Griechenland. Das Ende dieser Entwicklung ist bekannt. Griechenland war de facto pleite. Der griechischen Bevölkerung sind die Auswüchse des Klientelismus durchaus bekannt. Jeder kann typische Beispiele aus eigener Erfahrung erzählen. Die überwältigende Mehrheit jener, die nicht direkt vom System profitieren, lehnt es ab, muss aber daran partizipieren, wenn sie überleben wollen. Jeder weiß, dass die politische Klasse korrupt ist, aber niemand begreift das ganze Ausmaß des Klientelismus und, dass es ein System ist. Man redet von klientelistischen Beziehungen (*pelatiakes scheseis*), aber erkennt seinen wahren universalen und fundamentalen Charakter nicht. Bis vor kurzem hatten die Griechen nicht einmal ein Wort für Klientelismus. Ich habe vor einiger Zeit ein griechisches Wort dafür geprägt - *pelatiasmos* - das inzwischen übernommen wurde.

Die gegenwärtige Krise

Seit 2010 befindet sich Griechenland in der wohl größten Krise seiner jüngeren Geschichte. Als Griechenland sich unter den Rettungsschirm der EU begab, stellte diese harte Forderungen. Die griechische Regierung sollte sparen und die Steuern erhöhen. Dies waren Rezepte, die in den übrigen europäischen Staaten recht und schlecht funktionierten, aber nicht in Griechenland. Sparen bedeutete, dass u.a. der massiv aufgeblähte Staatsapparat drastisch reduziert werden musste. Dies wiederum hätte bedeutet, dass Papandreou seine eigenen Anhänger und Wähler desavouiert hätte. Eine große Entlassungswelle hätte die *PASOK* bei den nächsten Wahlen dezimiert. Sparen bedeutete auch, dass die Gehälter und Renten gekürzt werden müssten und von nun an erheblich weniger *Rousfetia* verteilt werden könnten. Die Erhöhung der Verbrauchssteuern traf ebenfalls die eigene Anhängerschaft, die kleinen Leute, denen nun der Absturz in die Armut drohte.

Die einzige spürbare Entlastung hätte durch eine Besteuerung der Reichen erreicht werden können, zu denen auch viele Politiker gehören. Aber diese hatten ihr Geld schon lange im Ausland oder drohten, es dorthin zu schaffen. Außerdem war diese Wirtschaftsoligarchie mit der politischen Oligarchie so verfilzt, dass Papandreou eine Palastrevolution seiner Granden erlebt hätte, wenn er versucht hätte, die Reichen zu besteuern. Papandreou konnte die harten Forderungen der EU nur in einer Richtung erfüllen, indem er die kleinen Leute zur Kasse bat. Papandreous verzweifelter Versuch, seinen Spielraum durch die Abhaltung eines Plebiszits wieder zu vergrößern, war im klientelistischen System eine richtige Maßnahme, denn er hätte dadurch das Volk hinter gebracht. So abgesichert, hätte er auch härtere Maßnahmen gegen den Willen seiner Granden durchsetzen können. In Europa aber wurde dieser Schritt völlig missverstanden und torpediert. Dies führte letztlich zu Papandreous Rücktritt.

Die neue Regierung aus *PASOK* und *Nea Dimokratia* wurde in Europa als eine "große Koalition" interpretiert, was völlig falsch ist. In Westeuropa sind parteiübergreifende große Koalitionen geeignet, schwierige Situationen zu überwinden. In einem klientelistischen System wird eher das Gegenteil erreicht. Die beiden Klientelparteien vereinigen ihre Kräfte bei der Abwehr von Forderungen, die ihre Basis schwächen können. Man denkt nicht daran, das klientelistische System zu reformieren oder gar aufzugeben. Man verlässt sich darauf, dass die europäische Hilfe das System wieder stabilisieren werde und man dann wieder zum Status quo ante zurückkehren könne. Dass dies sogar funktionieren könnte, hat die Vergangenheit gezeigt.

Wie wenig man tatsächlich bereit ist, Änderungen vorzunehmen, zeigt auch die neue Koalitionsregierung unter Samaras. In echt populistischer Manier versprach er im Wahlkampf Dinge, von denen er wusste, dass er sie nie einhalten können würde, zumal er sich selbst gegenüber der Troika durch seine Unterschrift gebunden hatte. Wie weit seine verantwortungslosen leeren Versprechungen gingen, zeigt sein Versprechen 300.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen und sein Vorschlag, die Reichensteuer von 45 Prozent auf 32 Prozent zu senken, um so die Reichen zum Steuerzahlen zu bewegen. Die neue Regierung ist eine Neuauflage des Bündnisses der beiden alten Klientelparteien mit einem Juniorpartner, der Unabhängigen Linken (*Anexartiti Aristera*). Ob diese in dieser Koalition irgendwelchen positiven Einfluss in Richtung auf Überwindung des Klientelismus haben wird, darf bezweifelt werden. Es besteht eher die Gefahr, dass auch diese Partei, die bislang eher einer europäischen Programmpartei ähnelte, vom Klientelismus angesteckt wird. Bei der *SYRIZA* gibt es klare Hinweise, dass sie sich zu einer Klientelpartei entwickeln wird, sollte sie jemals an die Macht kommen. Ob die neue Regierung die volle Legislaturperiode durchhalten wird, ist mehr als fraglich, zumal sie von zwei Seiten unter Druck gerät: Innenpolitisch durch die Kampagne von Tsipras und der *SYRIZA*, die mit allen Mitteln der Demagogie und des Populismus geführt werden wird, und außenpolitisch werden die Forderungen von Brüssel und Berlin allenfalls etwas kosmetisch geschönt werden, aber in der Sache wird sich wenig ändern. Die neue Regierung selbst hat keinen konkreten Plan zur Überwindung der Krise. Samaras' Ziel war es, an die Macht zu kommen und an ihr zu bleiben, egal wie.

Die Europäer andererseits begreifen nicht, dass der Schuldenerlass und die Finanzspitzen nur die Symptome der griechischen Krise bekämpfen, aber nicht die Ursache. Solange das Klientensystem weiterbesteht, sind die europäischen Gelder vergeudet, denn sie stabilisieren nur das alte System. Sobald die Lage wieder stabil ist, wird das alte Spiel des Klientelismus weitergespielt werden. Eine echte Veränderung kann nur durch eine Systemänderung erreicht werden. Doch dazu wäre es notwendig, dass die Europäer aufhören, ihre ethischen und politischen Vorstellungen auf Griechenland zu projizieren und dem Land unpassende und wirkungslose Maßnahmen zu oktroyieren. Die Europäer betrachten den Klientelismus durch eine moralische Brille und halten ihn für eine Art extensive Korruption. So kann man die moralische Keule schwingen und die Griechen auffordern, ihr korruptes System zu beenden. Dies ist absolut kontraproduktiv. Griechenland braucht keine moralischen Ratschläge, sondern konkrete Hilfe bei der Überwindung des Klientelismus. Außerdem lösen solche moralischen Ermahnungen eher Trotzreaktionen aus.

Die im Augenblick nach Griechenland gesandten europäischen Berater werden bestimmt diese oder jene kleine positive Veränderung bewirken, aber sie werden nur an den Symptomen herumdoktern. Was notwendig ist, ist die Entsendung von tatsächlichen politischen Experten, die verstehen, wie das klientelistische System funktioniert. Der einzige Weg, den Klientelismus zu überwinden, ist der, die finanziellen Quellen für die *Rousfetia* auszutrocknen. Dies kann nur durch eine strenge Kontrolle der staatlichen Finanzen durch ausländische Experten erreicht werden, die die Tricks und Methoden des Klientelismus genau kennen. Dies wird natürlich nicht ohne Einschränkung der staatlichen Souveränität über die Bühne gehen. Flankierend müssten die Reichen Griechenlands dazu gebracht werden, ihren Beitrag zu leisten. Nur so kann die gegenwärtige Not der einfachen Leute gemildert werden und eine Rebellion vermieden werden.

Es ist viel die Rede von einem neuen Marshall-Plan für Griechenland. Das ist durchaus eine richtige Idee, aber sie darf nicht die Fehler des ersten wiederholen, als die Amerikaner der Meinung waren, dass Griechenland wegen der Mentalität seiner Bewohner nicht zu industrialisieren sei und daher nicht einmal versuchten, Griechenland zu industrialisieren. Griechenland muss endlich in die Lage versetzt werden, seine eigenen Ressourcen auszunutzen. Dazu müssen geeignete Industrien aufgebaut werden, die langfristig Arbeit bieten. Sind Arbeitsplätze in großer Zahl vorhanden, werden sich die Menschen nicht länger an die Politiker wenden, um einen Job im öffentlichen Dienst oder bei einer anderen staatlichen Institution zu erhalten. Nur durch die Schaffung einer großen Zahl von permanenten Arbeitsplätzen wird es möglich sein, die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren, ohne dass es zu sozialen Verwerfungen kommt. Dadurch wird ein weiterer Aspekt des Klientelismus beseitigt. Ähnliches gilt für die Streitkräfte und die staatlichen Betriebe.

Es ist an der Zeit, dass Brüssel, Paris und Berlin das begreifen und lernen, was der Klientelismus ist, und die griechische Elite erkennt, dass es an der Zeit ist, den Klientelismus zu überwinden und sich moderne europäische Strukturen zuzulegen. Sollten keine systemüberwindenden grundlegenden Reformen durchgeführt werden, droht Griechenland, sich zu einem *failed state* zu entwickeln.